



N i e d e r s c h r i f t

**der öffentlichen/nicht öffentlichen Sitzung des Unterausschusses
Jugendhilfeplanung am 18.04.2023
*öffentlich***

Ort: Stadthaus, Wappensaal,
Marktplatz 2,
06108 Halle (Saale),

Zeit: 16:00 Uhr bis 16:58 Uhr

Anwesenheit: siehe Teilnehmerverzeichnis

Anwesend waren:

Uwe Kramer

Ute Haupt
Claudia Schmidt
Jan Döring
Beate Gellert
Tobias Heinicke

Anna Manser

Ulrike Pilz

Ausschussvorsitzender
stimmberechtigtes Mitglied im
Jugendhilfeausschuss
Fraktion DIE LINKE. im Stadtrat Halle (Saale)
CDU-Stadtratsfraktion Halle (Saale)
Fraktion BÜNDNIS90/DIE GRÜNEN
Fraktion Hauptsache Halle
stimmberechtigtes Mitglied im
Jugendhilfeausschuss
stimmberechtigtes Mitglied im
Jugendhilfeausschuss
stellv. stimmbberechtigtes Mitglied im
Jugendhilfeausschuss
Vertretung für Frau Dr. Gaby Hayne

Verwaltung:

Alexander Frolow
Stefanie Goy
Beate Erfurth
Uwe Weiske
Matthias Klinger
René Lukas

Leiter Fachbereich Bildung
Jugendhilfeplanerin
Kitafachplanerin
Sozialplaner
Netzwerkkoordinator Schulerfolg für Halle
Protokollführer

Entschuldigt fehlten:

Dr. Gaby Hayne

stimmberechtigtes Mitglied im
Jugendhilfeausschuss

zu 1 Eröffnung der Sitzung, Feststellung der Ordnungsmäßigkeit der Einladung und der Beschlussfähigkeit

Die öffentliche Sitzung des Unterausschusses Jugendhilfeplanung wurde von **Herrn Kramer**, eröffnet und geleitet. Er stellte die Ordnungsmäßigkeit der Einladung fest.

zu 2 Feststellung der Tagesordnung

Es gab keine Anmerkungen zur Tagesordnung, sodass **Herr Kramer** um Abstimmung bat.

Abstimmungsergebnis: einstimmig zugestimmt

Es wurde folgende Tagesordnung festgestellt:

Öffentlicher Teil:

1. Eröffnung der Sitzung, Feststellung der Ordnungsmäßigkeit der Einladung und der Beschlussfähigkeit
2. Feststellung der Tagesordnung
3. Einwohnerfragestunde
4. Entscheidung über Einwendungen gegen die Niederschrift und Bestätigung der Niederschrift vom 21.03.2023
5. Beschlussvorlagen
6. Anträge von Fraktionen und Stadträten
7. Mitteilungen
- 7.1. Jahresplanung 2023 Vorlage: VII/2023/05441
- 7.2. Bericht Schulsozialarbeit Vorlage: VII/2023/05536
8. Anfragen von Fraktionen und Stadträten
9. Anregungen

nicht öffentlicher Teil:

10. Entscheidung über Einwendungen gegen die Niederschrift und Bestätigung der Niederschrift vom 21.03.2023
11. Beschlussvorlagen
12. Anträge von Fraktionen und Stadträten
13. schriftliche Anfragen von Fraktionen und Stadträten
14. Mitteilungen
15. Beantwortung von mündlichen Anfragen

zu 3 Einwohnerfragestunde

Es gab keine Einwohnerfragen.

zu 4 Entscheidung über Einwendungen gegen die Niederschrift und Bestätigung der Niederschrift vom 21.03.2023

Die Entscheidung über Einwendungen gegen die Niederschrift und Bestätigung der Niederschrift vom 21.03.2023 wurde vertagt.

zu 5 Beschlussvorlagen

Es lagen keine Beschlussvorlagen vor.

zu 6 Anträge von Fraktionen und Stadträten

Es lagen keine Anträge von Fraktionen und Stadträten vor.

zu 7 Mitteilungen

**zu 7.1 Jahresplanung 2023
Vorlage: VII/2023/05441**

Herr Kramer informierte zur Jahresplanung 2023.

Es gab keine Fragen.

Die Jahresplanung ist im Session hinterlegt.

**zu 7.2 Bericht Schulsozialarbeit
Vorlage: VII/2023/05536**

Herr Klinger und **Frau Goy** informierten anhand einer Präsentation zur Schulsozialarbeit.

Frau Pilz wies auf die Formulare zur Antragsstellung für kommunal finanzierte Schulsozialarbeit hin. In diesen Formularen konnte man Daten eintragen, welche sich auf die ältere Leistungsbeschreibung bezogen. Sie fragte, ob hierzu eine neues Formularerscheinen wird.

Herr Klinger teilte mit, dass hier das Beantragungsformular als Dateiformat PDF gemeint ist. Er sagte, wenn sich Hauptdokumente ändern, ändern sich auch gleichzeitig die Dokumente, die sich darauf beziehen. Dieser Sachverhalt wird momentan geprüft.

Frau Pilz wies auf die Dringlichkeit des Sachverhalts hin.

Herr Klinger sagte, dass die Dringlichkeit des Vorgangs dem Team Jugendarbeit/ Jugendpflege bewusst ist. Er bemerkte, dass dies zeitnah geprüft wird.

Frau Haupt sagte, dass neue Anträge zu ESF-Mitteln gestellt werden müssen. Sie bemerkte, dass es dabei neue Entscheidungen auf Landesebene gebe. Sie hinterfragte, ob hierbei ein hoher Arbeitsaufwand vorliegt, weil auch eine neue Antragsstellung zur kommunalen Schulsozialarbeit kommunalen Träger der ESF geförderten Schulsozialarbeit besteht. Des Weiteren bat sie um eine Einschätzung zum momentanen Fachkräftemangel.

Herr Klinger sagte, dass hierzu eine rechtliche Grundlage besteht, dass der sogenannte ESF-Drittmittel Vorrang als Erstes zu berücksichtigen ist. Er teilte mit, dass der ESF aufgrund einer Situationsanalyse ein Ranking erstellt. Die Stadt Halle (Saale) trifft Empfehlungen mit der vorliegenden Prioritätenliste, um dadurch eine Entscheidungsgrundlage für die Aufstockung der Stellen zu haben. Er verwies auf die Seite 3 in der Präsentation zum Stand der Schulsozialarbeit in Halle (Saale) zum 31.03.2023 zur besseren Verdeutlichung. **Herr Klinger** bemerkte, dass sich die Stadt Halle (Saale) viel mit dem Thema Schulsozialarbeit befasst und damit den Erhalt des Status quo unterstützt. Er verwies zur genaueren Erklärung an das Team Fördermittel.

Herr Klinger nahm Bezug zur Frage des Fachkräftemangels. Er verwies auf die Bewerbungsverfahren der einzelnen Träger, wobei diese nach ihrer eigenen Philosophie entscheiden können, ob sie die Bewerberinnen oder den Bewerber einstellen. Aus seiner Perspektive besteht derzeit eine gesunde Personaldeckung unter anderem auch, weil sich die Vakanzen sukzessiv verringern. **Herr Klinger** betonte, dass er das Fachkräftepotenzial des bewerbenden Personenkreises nicht beurteilen kann.

Herr Kramer teilte mit, dass die Stellen im Bereich der Schulsozialarbeit leichter zu besetzen sind, als die Stellen der offenen Kinder- und Jugendarbeit. Die Stellen im Bereich der Schulsozialarbeit sind schlichtweg familienaugliche Stellen. Er bezog sich auf das Thema zum Fachkräftemangel und sagte, dass er hinsichtlich der aktuellen Personalsituation keine Bedenken hat. Eine fachliche Beurteilung obliegt den einzelnen Träger. **Herr Kramer** stellte fest, dass ab 01. August 2024 ein 20% kommunaler Anteil besteht. D.h. dass ab dem Monat August ein

10 % kommunaler Anteil der 50 Personalstellen besteht. Er bemerkte, dass dieser Sachverhalt eine Haushalts-belastende Herausforderung ist. Er appellierte daran, die Restbestände der Fördermittel weiterhin zu betrachten und dahingehend keine Kürzungen vorzunehmen. Bei der Schulsozialarbeit sollte dementsprechend auch keine Kürzung vorgenommen werden.

Frau Gellert teilte mit, dass die Verwaltungskosten bzw. der Verwaltungsaufwand für Stellen drastisch gestiegen sind. Sie befürchtet, dass sich einige Träger zurückziehen, weil eine doppelte Antragsbearbeitung besteht. Dieser Vorgang ist ein deutlicher bürokratischer Mehraufwand. Dennoch bat sie darum, die Träger zur Antragsstellung zu motivieren. Des Weiteren betonte sie, dass die Landesregierung Mittel finden muss, um den kommunalen Anteil von 20 % für die Kommunen zu finanzieren. Dafür sollte man sich gemeinsam einsetzen.

Herr Döring bezog sich auf den kommunalen Finanzierungsanteil von 20 %. Er sagte, dass die Stadt Halle (Saale) 55.000 Euro pro Stelle einplant. Er wies darauf hin, dass man bei 50 Stellen mit einer Summe von ungefähr 550.000 Euro im Jahr rechnen muss.

Herr Kramer fügte hinzu, dass hierbei noch die Tarifabschlüsse im öffentlichen Dienst beachtet werden müssen.

Herr Döring betonte, dass für ihn die Diskussion zur 20 % Regelung keinen Sinn ergibt. Er bemerkte, dass dieser Sachverhalt im nächsten Haushalt berücksichtigt werden muss.

Er bezog sich auf die Seite 11 der Präsentation. Dort werden die Indikatoren zum Fördergegenstand der Projekte der Schulsozialarbeit aufgeführt. Er fragte, wie die Anzahl der Schüler und Schülerinnen mit geringen Deutschsprachkenntnissen festgestellt werden.

Des Weiteren erwähnte er den Passus „Anzahl der Schüler und Schülerinnen, deren erster anerkannter Schulabschluss an Schulform, die diesen vergeben sowie an Förderschulen L* und Förderschulen GB*, gefährdet ist (m/w/d) auf der Seite 12. Diese Aussage zur Situationsanalyse ist ihm völlig unverständlich.

Frau Goy bemerkte, dass die Verständnisfragen von Herrn Döring zur Seite 11 und 12 nachvollziehbar sind. Es gab diesbezüglich bereits Gespräche mit dem Ministerium für Bildung des Landes Sachsen-Anhalts. Sie sagte, dass darauf hingewiesen wurde, dass es Probleme bei der Umsetzung und der Anwendung dieser Auswahlkriterien geben wird. Sie sagte, dass es auf diese konkreten Fragen momentan keine konkreten Antworten gibt. Derzeit wird der geschilderte Sachverhalt geprüft und auf eine Unterstützung des Landesschulamts gehofft.

Herr Döring erkundigte sich nach dem aktuellen Entwicklungsstand zum Serviceportal Schule Sachsen-Anhalt.

Frau Goy teilte mit, dass es aktuell keine neuen Informationen zum Entwicklungsstand gibt.

Frau Pilz erwähnte, dass die kommunale Schulsozialarbeit bis zum 31.07.2023 bewilligt ist. Sie sagte, dass dazu momentan eine Beschlussvorlage vorbereitet wird. Sie erkundigte sich, wann diese Beschlussvorlage von der Verwaltung eingebracht wird.

Herr Frolow teilte mit, dass die Beschlussvorlage momentan in der externen Geschäftsbereich-Beteiligung befindet. Die Verwaltung ist bestrebt, die Beschlussvorlage in der kommenden Sitzung des Jugendhilfeausschusses einzubringen.

Frau Schmidt wies darauf hin, dass in der Präsentation viele Abkürzungen benutzt werden. Sie bat darum, dass in den nächsten Präsentationen diese Abkürzungen zum besseren Verständnis auszuschreiben.

Frau Schmidt wies darauf hin, dass es eine Auflistung in der Präsentation gibt, wie viele Schulsozialarbeiter und Schulsozialarbeiterinnen an den Grundschulen vertreten sind und wie viele Schüler und Schülerinnen an den Förderschulen, Sekundarschulen, Gemeinschaftsschulen und Gesamtschulen existieren. Sie fragte, wie viele Schüler und Schülerinnen es insgesamt an den Grundschulen waren.

Herr Weiske antwortete, dass über 6.000 Schüler und Schülerinnen die Grundschulen in Halle (Saale) und die weiterführenden Schulen 18.000 Schüler und Schülerinnen besuchen.

Frau Schmidt bemerkte, dass an den Grundschulen 22 Schulsozialarbeiterstellen und an allen weiterführenden Schulen, inbegriffen der Gymnasien 17 Schulsozialarbeiterstellen zur Verfügung stehen. Sie machte dabei auf den Unterschied von Schulsozialarbeiterstellen aufmerksam.

Herr Weiske bezog auf die Frage zum Entwicklungsstand des Serviceportals Schule Sachsen-Anhalt. Er teilte mit, dass das Serviceportal Anlaufschwierigkeiten hat, diese aber momentan an den Grundschulen erprobt wird.

Anmerkung: Die Präsentation ist in Session hinterlegt.

zu 8 Anfragen von Fraktionen und Stadträten

Herr Döring erkundigte sich nach dem Stand der Niederschrift zur Sondersitzung des Jugendhilfeausschusses und Bildungsausschusses. Des Weiteren teilte er mit, dass noch Präsentationen, die in der Sitzung gehalten wurden, nicht in Session hinterlegt sind. Er fragte, ob diese noch zur Verfügung gestellt werden könnten.

Frau Seidel-Jähnig sagte einer Prüfung zum Verbleib der Niederschrift zu. Weiterhin teilte sie mit, dass einige Präsentationen von Referierenden aus der Sondersitzung nicht freigegeben wurden.

Es lagen keine Anfragen von Fraktionen und Stadträten vor.

zu 9 Anregungen

Da es keine Anregungen gab, beendete Herr Kramer den öffentlichen Teil und bat, um Herstellung der Nichtöffentlichkeit.

Für die Richtigkeit:

Uwe Kramer
Ausschussvorsitzender

René Lukas
Protokollführer